

ABKOMMEN  
ZWISCHEN DEM HOHEN KOMMISSAR DER VEREINTEN NATIONEN FÜR  
FLÜCHTLINGE UND DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCH-  
LAND BETREFFEND LEISTUNGEN ZUGUNSTEN VON NATIONALGESCHÄ-  
DIGTEN

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für  
Flüchtlinge und die Regierung der Bundesrepublik Deutsch-  
land sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird  
diejenigen Personen, die nach §§ 167, 168 des Bundes-  
gesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozia-  
listischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz -  
BEG -) Ansprüche wegen dauernder Schäden an Körper oder  
Gesundheit haben, hinsichtlich der Höhe der Leistungen  
für Schäden an Körper oder Gesundheit den in § 160  
Absatz 1 BEG bezeichneten Personen nach Maßgabe des  
§ 161 BEG gleichstellen. Hierbei bleibt eine Betreuung  
durch einen Staat oder eine zwischenstaatliche Organi-  
sation außer Betracht.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt  
außerdem für Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge dem Hohen  
Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge den  
Betrag von fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark zur  
Verfügung, um dem Hohen Kommissar Leistungen an folgende  
Personen zu ermöglichen:

- a) Personen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte geschädigt worden sind und am 1. Oktober 1953 Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 waren;
  
- b) Hinterbliebene von Personen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte geschädigt worden sind, sofern die Hinterbliebenen am 1. Oktober 1953 Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 waren.

(2) Die Bundesregierung stellt dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge den vorgenannten Betrag im Rahmen des Weltflüchtlingsjahres in zwei gleichen Raten zur Verfügung. Die erste Rate ist einen Monat nach Inkrafttreten des Abkommens, die zweite Rate drei Monate später fällig.

### Artikel 3

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge wird den in Artikel 2 genannten Betrag seiner Zweckbestimmung entsprechend verwenden. Er wird hierbei mit karitativen Organisationen, die sich der Betreuung des in Betracht kommenden Personenkreises angenommen haben, sowie mit Vertretern der Flüchtlinge zusammenwirken.

#### Artikel 4

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge erklärt, daß - unbeschadet deutscher Rechtsvorschriften zugunsten von Personen, die aus Gründen ihrer Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte geschädigt worden sind - die nach Maßgabe der Artikel 1 und 2 vorgesehenen Leistungen von ihm als eine abschließende Regelung der Fragen angesehen wird, die sich auf eine Entschädigung des in Artikel 1 und 2 genannten Personenkreises beziehen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am fünften Oktober neunzehnhundertsechzig in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Der Hohe Kommissar der  
Vereinten Nationen für  
Flüchtlinge

MR. Wind -

Für die Regierung der  
Bundesrepublik  
Deutschland

Cassens

Translation by the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees

AGREEMENT

BETWEEN THE UNITED NATIONS HIGH COMMISSIONER FOR REFUGEES  
AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
CONCERNING PAYMENTS IN FAVOUR OF PERSONS DAMAGED  
BY REASON OF THEIR NATIONALITY

The United Nations High Commissioner for Refugees and the Government of the Federal Republic of Germany have agreed as follows:

Article 1

The Government of the Federal Republic of Germany shall treat those persons who have claims on account of permanent injury to body or health according to Paragraphs 167 and 168 of the Federal Law for the Indemnification of Victims of National-Socialist Persecution (Federal Indemnification Law - BEG - in the same way as persons defined in Paragraph 160, Sub-Paragraph 1 BEG are treated according to Paragraph 161, BEG with regard to the scale of compensation for injury to body and health. For this purpose assistance granted by a State or an intergovernmental organization shall not be taken into account.

Article 2

1. The Government of the Federal Republic of Germany in addition places at the disposal of the United Nations High Commissioner for Refugees the sum of DM 45 million for measures of assistance to refugees to enable the High Commissioner to make payments to the following persons:

- (a) Persons who were damaged under the national-socialist régime by reason of their nationality in disregard of human rights and who on 1 October 1953 were refugees in the sense of the Geneva Convention of 28 July 1951;
- (b) Surviving dependants of persons who were damaged under the national-socialist régime by reason of their nationality in disregard of human rights in so far as the surviving dependants on 1 October 1953 were refugees in the sense of the Geneva Convention of 28 July 1951.

2. The Federal Government shall place the aforementioned sum at the disposal of the United Nations High Commissioner for Refugees within the framework of World Refugee Year in two equal instalments. The first instalment is payable one month after the Agreement comes into force, the second instalment three months later.

Article 3

The United Nations High Commissioner for Refugees shall apply the sum mentioned in Article 2 for the purpose stated. He shall co-operate in this matter with welfare organizations which have assumed the care of the group of persons in question as well as with representatives of the refugees.

Article 4

The United Nations High Commissioner for Refugees declares that - without prejudice to German legal provisions in favour of persons who have been damaged by reason of their nationality in disregard of human rights - the payments foreseen according to Articles 1 and 2 are considered by him as a final settlement of the questions which relate to an indemnification of the group of persons named in Articles 1 and 2.

Article 5

This Agreement applies also to the Land Berlin in so far as the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the United Nations High Commissioner for Refugees within three months after the coming into force of the Agreement.

Article 6

This Agreement comes into force on the day of its signature.

Done at Bonn on the fifth of October one thousand nine hundred and sixty in two originals in the German language.

The United Nations High  
Commissioner for Refugees

(signed) A.R. Lindt

For the Government of the  
Federal Republic of Germany

(signed) Carstens

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

VOLLMACHT

Herr Staatssekretär Professor Dr. Karl Carstens

wird hiermit bevollmächtigt, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das Abkommen mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge betreffend Leistungen zugunsten von Nationalgeschädigten sowie die dazugehörige Niederschrift zu unterzeichnen.

Bonn, den 15 November 1960

*Karl Carstens*

## N i e d e r s c h r i f t

Bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des heute unterzeichneten Abkommens zwischen dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland betreffend Leistungen zugunsten von Nationalgeschädigten geführt haben, bestand Übereinstimmung in folgenden Punkten:

1. Aus Gründen der Nationalität ist derjenige geschädigt,
  - a) bei dem die Zugehörigkeit zu einem nichtdeutschen Staat ganz oder wesentlich den Grund für die eine Schädigung herbeiführende Maßnahme gebildet hat, oder
  - b) wer nicht geschädigt worden wäre, wenn er nicht Angehöriger eines fremden Staates oder nichtdeutschen Volkstums gewesen wäre.Soweit keine anderen Gründe für die unter Mißachtung der Menschenrechte erfolgte schädigende Maßnahme festgestellt werden, wird bei dem in Betracht kommenden Personenkreis davon auszugehen sein, daß diese Schädigung auf die Nationalität des Betreffenden zurückzuführen ist.
2. Die in Artikel 1 des Abkommens niedergelegte Regelung wird dem Bundesverwaltungsamt übertragen werden. Es wird angestrebt, bei der praktischen Durchführung eine Regelung zu finden, die es ermöglicht, daß Entscheidungen über die Anträge in einem einheitlichen Verfahren ergehen.

Das Bundesverwaltungsamt wird nur solche Anträge berücksichtigen, die bis zum 31. Dezember 1962 eingereicht worden sind. Für die Wahrung dieser Frist

genügt

genügt ein bei einer Entschädigungsbehörde nach dem Bundesentschädigungsgesetz eingereichter Antrag. Eine bereits getroffene abschließende Entscheidung eines Entschädigungsorgans steht einer erneuten Prüfung und Entscheidung durch das Bundesverwaltungsamt nicht entgegen.

3. Generelle Fragen, die sich auf die Durchführung des Abkommens erstrecken, sollen zwischen dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und den zuständigen Stellen der Bundesregierung auch weiterhin erörtert werden. Dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge wird ferner Gelegenheit gegeben, auch in Einzelfällen bei der für die Entscheidungen zuständigen Verwaltungsbehörde Stellung zu nehmen. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen die Verwaltungsbehörde nach dem vorläufigen Ergebnis ihrer Prüfung glaubt, einen Antrag wegen Fehlens der Flüchtlingseigenschaft oder wegen Nichtvorliegens einer aus Gründen der Nationalität erfolgten Schädigung ablehnen zu müssen, oder in denen Fragen grundsätzlicher Bedeutung auftreten.

Bonn, den 5. Oktober 1960 in zweifacher Urschrift.

Der Hohe Kommissar der  
Vereinten Nationen für  
Flüchtlinge

*MR. HIND* —

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland

*Cassens*



Translation by the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees

PROTOCOL

At the discussion which led to the conclusion of the Agreement signed today between the United Nations High Commissioner for Refugees and the Government of the Federal Republic of Germany concerning payments in favour of persons damaged by reason of their nationality, agreement was reached on the following points:

1. A person is damaged by reason of his nationality
  - (a) whose membership of a non-German state either wholly or essentially constituted the reason for a measure which resulted in damage, or
  - (b) who would not have been damaged if he had not been a national of a foreign State or if he had not been of non-German ethnic origin.

As far as no other reasons are established for the measure resulting in damage in disregard of human rights, it should be assumed for the group of persons in question that this damage had its origin in the nationality of the person concerned.

2. The administration of the regulations specified in Article 1 of the Agreement shall be entrusted to the Federal Administration Office. For its practical implementation, an arrangement shall be sought which makes it possible for decisions on applications to be made in accordance with uniform procedure.

The Federal Administration Office shall only consider such applications which are submitted before 31 December 1962. An application submitted to an Indemnification Authority according to the Federal Indemnification Law will be sufficient for the observance of this time limit. A final decision already reached by an indemnification organ does not prevent a renewed examination and decision by the Federal Administration Office.

3. General questions which relate to the implementation of the Agreement shall be discussed further between the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees and the competent authorities of the Federal Government. Furthermore opportunity shall also be given to the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees to give its views in individual cases before the administrative authorities competent for the decisions. This applies in particular to cases in which the